

Bericht aus der Sitzung des Gemeinderates vom 09.02.2021

Entschuldigt: GR Schäch

Bürgerfragestunde

Ein Bürger aus Steinheim fragte an, ob die Umleitung während der Bauphase der B466 zwingend einseitig über die Hellensteinstraße erfolgen muss, da in diesem Bereich bereits zwei Großbaustellen vorhanden sind. BM Weise erläuterte, die Gemeinde wird dies der Straßenverkehrsbehörde mitteilen.

Bekanntgaben

ELR Programm

Bürgermeister Weise informierte, dass Fördermittel in Höhe von 542.840 € aus dem ELR-Programm in die Gemeinde Steinheim fließen. Das ist mehr als ein Viertel der Fördersumme des Landkreises (vgl. Bericht Titelseite Bote Nr. 5). Er freute sich, dass neben dem Antrag der Gemeinde für die Hirsch- und Brunnenstraße auch private Projekte in Steinheim, Sontheim, Küpfendorf und Söhnstetten Fördermittel erhalten. BM Weise dankte dem Land für die Unterstützung der Gemeinde. Bauamtsleiter Krauß dankte der Vorsitzender für sein Engagement und seinen Einsatz für die verschiedenen Projekte.

Städtebauförderung „Ortskern Ost II“

Der Vorsitzende informierte das Gremium, dass die Gemeinde im Oktober 2020, einen Förderantrag für die Aufnahme in ein Programm der städtebaulichen Erneuerung, für die Ortsmitte Steinheim gestellt hat. Bereits im ersten Versuch stimmte das Wirtschaftsministerium dem Antrag zu und die Gemeinde erhält 800.000 €. Bereits in der letzten Sitzung hat der Gemeinderat die Vorbereitende Untersuchungen (VU) in Auftrag gegeben. Diese zwingende Untersuchung im Vorfeld einer Städtebauförderung, bei denen durch eine vertiefende Bestandsaufnahme sowie Analysen das Ausmaß des Sanierungsbedarfs bestmöglich ermittelt werden, läuft bereits. Es wird eine Eigentümerbefragung durchgeführt, um die Mitwirkungsbereitschaft und die Modernisierungsplanungen abzufragen und die Bürgerschaft frühzeitig in den Prozess zu integrieren. Aus den Ergebnissen wird anschließend mit einem größtmöglichen Detaillierungsgrad die Kosten für die durchzuführende Maßnahme im zukünftigen Sanierungsgebiet bestimmt.

Außenanlage Hillerschule

BM Weise gab bekannt, dass die Bauarbeiten an den Außenanlagen Hillerschule trotz schlechten Wetterbedingungen wieder begonnen haben. Derzeit wird eine neue Strom-Zuleitung für das Grundschulgebäude verlegt. Gleichzeitig verlegt die Gemeinde ein Leerrohr für einen möglichen Anschluss einer PV-Anlage auf dem Parkplatz der Hillerschule.

Gemeinschaftsunterkunft Ziegelhütte

BM Weise teilte mit, dass der Landkreis die Gemeinde informiert hat, dass das Integrationszentrum Haintal IZH, Giengener Straße 149) zum April geschlossen wird. Das Landratsamt verlegt die schutzsuchenden Menschen in die Unterkünfte in der Walter-Wolf-Straße in Heidenheim und auf die Ziegelhütte in Steinheim. Die Gemeinde Steinheim muss daher das Gebäude 30B, welches für die Anschlussunterbringung genutzt wird, räumen. Zwei Familien sollen dabei in der Ortsmitte in Steinheim untergebracht werden. Der Landkreis verlagert vor allem Familien auf die Ziegelhütte, so dass nach derzeitigem Stand im April voraussichtlich 90 – 100 Personen, davon allein 21 Kinder im ehemaligen Wohnheim untergebracht sein werden. Der Vorsitzende erläuterte, dass ihm die Belastungen der Anwohner sehr bewusst sind und es ihm wichtig war, dass die ursprünglich mit dem Landkreis vereinbarte Höchstgrenze von 199 Personen nicht erreicht wird.

Bauangelegenheiten

Umbau Garage in Verkaufsraum, Wagnerstraße 1, Steinheim

Das gemeindliche Einvernehmen wurde einstimmig unter Befreiung des Baulinienplans „Unter dem Hohlen Stein“ (Nutzungsänderung im Bauverbot, Überschreitung Baulinie) aus dem Jahr 1960 erteilt.

Errichtung einer Holzhütte, Hauptstraße 42, Steinheim

Bei 19 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen wurde das gemeindliche Einvernehmen erteilt.

Abbruch Wohnhaus, Stallanbauten, Garage und Backhaus, Nutzungsänderung von Stall zu Wohnraum, Umbau und Modernisierung Wohnhaus, Einbau von zwei Wohneinheiten, Umbau Schuppen, Einbau eines Heizraums, Neubau Doppelgarage mit Abstellraum, Küpfendorf

Der Gemeinderat erteilte einstimmig das gemeindliche Einvernehmen.

Errichtung eines Backhaus mit Freisitz, Kreuzweg 3, Sontheim

Das gemeindliche Einvernehmen wurde vom Gemeinderat einstimmig erteilt.

Aktualisierung des Amtsblattes des Gemeinde Steinheim

- Beratung und Beschlussfassung über das künftige Layout

- Beratung und Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise

Der Gemeinderat beschloss einstimmig den Inhalt und das Layout des künftigen Amtsblattes wie vom Verwaltungsausschusses empfohlen und in der Sitzung vorgetragen. Gleichzeitig beauftragte er einstimmig, die Verwaltung bei mind. 3 Druckereien Angebote mit den festgelegten Vorgaben des Gemeinderates zum Inhalt und Layout des künftigen Amtsblattes einzuholen (s. extra Bericht in dieser Ausgabe).

Neufassung des Redaktionsstatut für das Amtsblatt der Gemeinde

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Neufassung des Redaktionsstatuts in der ihm vorgelegten Fassung.

Aufgrund der hinzugekommenen Rubriken durch die Aktualisierung und Neugestaltung des Amtsblattes muss das Redaktionsstatut für das Amtsblatt neu gefasst werden.

Vergabe der Prüfung von ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmitteln gem. DGUV Vorschrift 3

Der Gemeinderat beschloss bei 18 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen die Marie-Juchacz-Werkstatt (AWO Heidenheim) mit der Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel für die Liegenschaften der Gemeinde Steinheim zu beauftragen. Die Beauftragung erfolgt bis einschließlich 2024.

Verabschiedung des Haushaltsplans 2021 für den Kernhaushalt und der Wirtschaftspläne 2021 für die Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Haushaltssatzung 2021 mit Haushaltsplan und dem Finanzplan mit dem Investitionsprogramm für den Kernhaushalt, den Wirtschaftsplan 2021 und den Finanzplan mit dem Investitionsprogramm für den Eigenbetrieb Wasserversorgung und den Wirtschaftsplan 2021 und den Finanzplan mit dem Investitionsprogramm für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung.

Kernhaushalt:

Folgende Eckpunkte aus der Haushaltssatzung wurden von Gemeindegemeinderer Kübler bekannt gegeben:

- Das ordentliche Ergebnis beläuft sich auf -635.833 €
- Der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushaltes beträgt 894.656 €
- Der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit beträgt -5.230.000 €
- Der gesamte veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf beläuft sich auf -4.335.344 €
- Die veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands beträgt -1.529.044 €
- Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 2.900.000 €
- Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 1.000.000 €

Eigenbetrieb Wasserversorgung:

Folgende Eckpunkte aus dem Wirtschaftsplan wurden von Gemeindegemeinderat Kübler bekannt gegeben:

- Das ordentliche Ergebnis beläuft sich auf 1.800 €
- Der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts beträgt 183.800 €
- Der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit beträgt -900.000 €
- Der gesamte veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf beläuft sich auf -716.200 €
- Die veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands beträgt -70.700 €
- Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 1.009.000 €.
- Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 300.000 €

Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung:

Folgende Eckpunkte aus dem Wirtschaftsplan wurden von Gemeindegemeinderat Kübler bekannt gegeben:

- Das ordentliche Ergebnis beläuft sich auf 172.598 €
- Der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts beträgt 520.768 €
- Der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit beträgt -3.301.000 €
- Der gesamte veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf beläuft sich auf -2.780.232 €
- Die veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands beträgt -468 €
- Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 3.595.000 €.
- Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 300.000 €

Bürgermeister Holger Weise bat die Fraktionen und Gruppierungen um ihre Stellungnahmen zum Haushalt. Im Folgenden die Haushaltsreden nach der Anzahl der Sitze im Gemeinderat. Es gilt das gesprochene Wort.

Gemeinderat Gottfried Braun hält für die Freie Wählervereinigung folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Allgemeines

Der Haushaltsplanentwurf 2021 wurde am 8.12.2020 von der Verwaltung eingebracht und in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 19.1.2021 beraten. Das Investitionsprogramm und die Unterhaltungsmaßnahmen für das Jahr 2021 waren Gegenstand der Beratungen in der Gemeinderatssitzung am 24.11.2020. Es ist der dritte Haushaltsplan seit Einführung der Doppik und nach und nach wird der Umgang mit den Neuerungen vertrauter.

Die Unsicherheiten bei den Haushaltsplanungen sind mittlerweile größer geworden. Bei der Verabschiedung des Haushaltes 2020 war von Corona in Deutschland noch nicht die Rede, inzwischen ist die Pandemie zu dem alles beherrschenden Thema geworden. Corona, mit Lockdowns in Deutschland, Europa und weltweit, führt zu massiven Auswirkungen und Risiken in allen Lebensbereichen. Die langfristigen wirtschaftlichen Folgen können wir heute nur erahnen. Infolge der vielfältigen Hilfspakete der Regierungen kommt es zu hohen Verschuldungen von Staaten, Ländern und Kommunen. Die Auswirkungen der Lockdowns führen zu Verwerfungen in der Wirtschaft. Mit hohen Steuerausfällen, eventuell auch Pleiten in besonders stark betroffenen Wirtschaftsbereichen, ist zu rechnen. Ich zitiere Finanzminister Olaf Scholz: „Einige haben sich vorgestellt, alles wird wieder, wie es vorher war. Das ist aber nicht der Fall. Wir werden weniger Einnahmen haben, auf Dauer.“ Für weitere Unsicherheit sorgt die Energiewende, weg vom Verbrauch fossiler Energieträger, weg vom Verbrennungsmotor. In Deutschland und ganz besonders in Baden-Württemberg hängt wirtschaftlich sehr viel an der Automobilindustrie. Der Umstieg auf andere Energieträger und andere Antriebstechniken führt zu Umbrüchen und erfordert einen Strukturwandel. Diese Prozesse sind

einschneidend und herausfordernd und oftmals gelingt es nicht, alle Beteiligten mitzunehmen. Beispielhaft sei das Ruhrgebiet genannt, wo die Kohle- und Stahlkrise zum Verschwinden ganzer Branchen und zu einer hohen Arbeitslosigkeit geführt hat.

Ich möchte nicht schwarzmalen, sondern nur begründen, warum es meiner Meinung nach immer schwieriger wird, verlässliche Planungen für die Haushalte der Kommunen aufzustellen. Es gibt bei diesen Veränderungsprozessen jedoch nicht nur Risiken, sondern auch Chancen.

Ergebnishaushalt

Anders als bisher im kameralen System, sind nach dem neuen Haushaltsrecht die Abschreibungen und Rückstellungen komplett und nicht nur teilweise in den Haushaltsausgleich einzubeziehen und zu erwirtschaften. Das ist sinnvoll. Jede Generation soll die von ihr verbrauchten Ressourcen durch Abgaben und Entgelte wieder ersetzen, so dass nachfolgende Generationen damit nicht belastet werden. Dies stellt Kommunen vor große Herausforderungen, auch die Gemeinde Steinheim.

In der Sitzung am 22.12.2020 wurde vom Gemeinderat die Eröffnungsbilanz per 1.1.2019 festgestellt. Daraus ergeben sich Abschreibungen in Höhe von 2.181.153 EUR und aufzulösende Ertragszuschüsse von 680.664,- EUR. Im Haushalt 2021 wären per Saldo Nettoabschreibungen in Höhe von 1.500.489,- EUR zu erwirtschaften. Das wird nicht gelingen, denn im Haushaltsjahr 2021 stehen ordentlichen Erträgen in Höhe von 19.455.910,- EUR ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 20.091.743,- EUR gegenüber. Das ordentliche Ergebnis beträgt somit -635.833,-EUR (Verlust).

Laut Bürgermeister und Kämmerer gelingt es nach aktuellen Planungen, in den Finanzplanjahren bis 2024, durchweg positive ordentliche Ergebnisse zu erzielen. Das bedeutet, für einen Haushaltsausgleich sind die Einnahmen zu erhöhen und die Ausgaben unter Kontrolle zu behalten. Die Gemeinderäte der Freien Wählervereinigung wünschen die bald möglichste Vorlage des Jahresabschlusses 2019 sowie einen vorläufigen Bericht über das Haushaltsjahr 2020. Wir möchten gerne auf Sicht fahren. Außerdem bitten wir die Verwaltung, die Schlußabrechnungen der fertiggestellten Baumaßnahmen, dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

Die wichtigsten ordentlichen **Erträge** im Ergebnishaushalt:

EUR 5.095.500,- Anteil an der Einkommensteuer
EUR 2.400.000,- Gewerbesteuer
EUR 1.394.000,- Grundsteuer
EUR 539.000,- Anteil an der Umsatzsteuer
EUR 6.880.246,- Zuweisungen und Zuschüsse

Die wichtigsten ordentlichen **Aufwendungen** im Ergebnishaushalt:

EUR 6.303.450,- Personalaufwendungen
EUR 3.958.400,- Kreisumlage
EUR 2.535.700,- Finanzausgleichsumlage
EUR 2.181.153,- Abschreibungen
EUR 799.100,- Unterhaltungsaufwendungen

Auf einige der Positionen möchte ich näher eingehen:

Der Gemeindeanteil an der **Einkommensteuer** hat sich in den letzten Jahren zur wichtigsten und verlässlichsten Einnahmequelle der Gemeinde entwickelt. Die Einnahmen sind abhängig von den Einkommensteuereinnahmen des Landes. Die Entwicklung der **Gewerbesteuer** macht uns größere Sorgen. Das Gewerbesteueraufkommen ist naturgemäß sehr konjunkturabhängig und deshalb mittelfristig schwer planbar. Bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer liegt die Gemeinde Steinheim deutlich hinter vergleichbaren Gemeinden zurück. Durch den beschlossenen Wegzug eines größeren Gewerbebetriebes dürfte sich die Situation noch weiter verschlechtern. Wegen der coronabedingten besonderen wirtschaftlichen Situation der Gewerbetreibenden, wurde der seit 2013 geltende Gewerbesteuerhebesatz für 2021 nicht angehoben.

Von den Grundbesitzern erheben die Gemeinden eine **Grundsteuer**. Zur Verbesserung der ordentlichen Erträge hat der Gemeinderat die seit 2005 unveränderten Grundsteuerhebesätze für die Grundsteuer A von 340 auf 370 Punkte, und für die Grundsteuer B von 370 auf 390 Punkte angehoben. Dadurch ergeben sich Mehrerträge in Höhe von ca. 74.000,-EUR jährlich.

Steinheim erhält als steuerschwache Gemeinde **Zuweisungen und Zuschüsse**. Wegen mangelnder eigener Steuerkraft erhält die Gemeinde 3.800.100,- EUR Zuweisungen.

Die **Personalaufwendungen** sind die größte Position bei den ordentlichen Aufwendungen. Sie steigen um 5%, das sind 308.180,- EUR mehr als im Vorjahr. In allen Haushaltsreden der letzten Jahre wird kritisch auf die ständig steigenden Kosten für das Personal hingewiesen, ohne sichtbare Auswirkungen oder gar Einsparungen. Dafür gibt es aber auch Gründe. Ursächlich für die steigenden Aufwendungen sind die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst, sowie der stetig wachsende Personalbedarf infolge von zunehmenden, teils neuen Aufgaben und vor allem durch die gestiegenen Anforderungen und höheren Standards z. B bei der Kinderbetreuung.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhebt der Landkreis die **Kreisumlage**. Der Hebesatz fällt im Jahr 2021 von 35,18% auf 34,50%. Die Umlage reduziert sich dadurch gegenüber dem Vorjahr um 143.471,- EUR.

Die **Unterhaltungsaufwendungen** dienen dem Substanzerhalt des Vermögens. 400.000,- EUR sind für Straßen und Feldwege und 370.000,- EUR für Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen eingeplant.

Finanzhaushalt

Der Finanzierungsmittelbedarf im Finanzhaushalt beträgt 5.230.000,- EUR. Gedeckt werden soll der Bedarf durch den Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts in Höhe von 894.656,-EUR, durch eine Entnahme aus der Liquiditätsrücklage in Höhe von 1.529.044 EUR und eine Kreditaufnahme in Höhe von 2.900.000,- EUR. Sollte alles finanztechnisch so eintreffen wie vom Kämmerer geplant, beliefe sich die Verschuldung zum 31.12.2021 auf 3.003.008,- EUR oder 345,13 EUR pro Kopf. Von 2022 - 2024 plant die Verwaltung Investitionen in Höhe von 20,728 Mio. EUR und einen Schuldenstand zum 31.12.2024 von 5,6 Mio. EUR, pro Kopf 639,58 EUR. Die Freien Wähler sehen den geplanten Anstieg der Verschuldung kritisch, weil sie die finanziellen Spielräume zusätzlich eindämmt. Je nach Entwicklung der Finanzen kann die eine oder andere geplante Investition auch in spätere Jahre verschoben werden.

2021 sind für Investitionen 9,49 Mio. EUR eingeplant, darunter:

EUR 1.500.000,- Grunderwerb
EUR 1.400.000,- Straßensanierung
EUR 952.000,- Außenanlage Mensa
EUR 500.000,- Neubau Kindergarten, Anteil in 2021
EUR 490.000,- Breitbandausbau Mitverlegung
EUR 588.000,- Breitbandausbau Konzeption
EUR 600.000,- Erschließung Königsbronner Feld
EUR 500.000,- Erschließung Breite Süd
EUR 350.000,- Erschließung Gewerbegebiet Söhnstetten
EUR 350.000,- Neubau Feldwege

Bauen, Wohnen, Gewerbe

Seit seinem Amtsantritt vor ca. 2 Jahren hat sich Bürgermeister Weise zielstrebig und zeitintensiv mit dem Thema Grunderwerbe für Bau- und Gewerbegebiete in Steinheim und in Söhnstetten beschäftigt. Es ist ihm vieles gelungen. Dafür gebührt ihm großer Dank und Anerkennung. Baugebiete können im Königsbronner Feld und in der Breite-Süd, ein Gewerbegebiet in Söhnstetten-Ost erschlossen werden. Gewerbebauplätze im Kleinen Feldle sind schon baureif. In allen noch nicht erschlossenen Gebieten laufen die behördlichen Verfahren, um den Bauwilligen baldmöglichst Plätze anbieten zu können. Der bürokratische Aufwand für die Ausweisung von Baugebieten ist enorm und die Verfahren ziehen sich oft über Jahre hinweg. Politiker aller Couleur versprechen Bürokratieabbau, das Gegenteil ist der Fall. Man kann sich des Eindrucks manchmal nicht erwehren, dass die Bürokratie sich selbst beschäftigt und am Leben hält.

Das mit Beteiligung der Bürgerschaft erarbeitete Gemeindeentwicklungskonzept wurde 2020 beschlossen. Es dient als Leitfaden für die innerörtliche Entwicklung unserer Gemeinde. Bauen, Wohnen, Einzelhandel, Dienstleistungen und Gastronomie sind weiterhin auch in den Ortskernen erwünscht. Die Freien Wähler wollen Leerstände ganzer Straßenzüge vermeiden. Die bauliche Entwicklung, besonders die Verdichtung innerorts, sollte jedoch rücksichtsvoll und ortsverträglich erfolgen. Wir unterstützen auch die geplanten Maßnahmen zur Verbesserung des

Wohnumfeldes. Wir möchten ein Aussterben unserer bisher immer noch landwirtschaftlich geprägten kleinen Teilorte und Weiler verhindern. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft ist dort deutlich sichtbar. Die Zahl der bäuerlichen Betriebe geht kontinuierlich zurück. Wir wollen Bauen mit Augenmaß ermöglichen, ohne die Siedlungsstruktur massiv zu verändern. Es stellt sich die Frage: Was lassen wir zu und was nicht?

Schulen

Durch Bau- und Sanierungsmaßnahmen wurde die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit unseres Schulstandorts erhöht. Es ist höchste Zeit, dass die stressigen und belastenden Baumaßnahmen mit der Fertigstellung der Außenanlagen um die Mensa einen Abschluss finden. Fast 1,0 Mio EUR sind dafür eingeplant. Für die Digitalisierung unserer Schulen sind aus dem Digitalpakt 137.000,-- EUR für die Hillerschule und 103.000,-- EUR für die Seebergschule eingeplant. Wir wollen, dass unsere Schulen auch digital up to date sind.

Kinderbetreuung

Kinder sind unsere Zukunft. Die Zahl der Kinder, die einen Kindergartenplatz in unserer Gemeinde brauchen steigt. Das ist grundsätzlich erfreulich. Die erforderlichen Plätze für zwei Gruppen werden durch einen Anbau an den katholischen Kindergarten St. Peter geschaffen. Das Vorhaben ist mit 1,7 Mio EUR veranschlagt, wobei 2021 Kosten in Höhe von 500.000,-- EUR anfallen.

Hochwasserschutz

Der Stand des Verfahrens ist aus Sicht der Freien Wähler unbefriedigend. Die Mühlen der involvierten Behörden mahlen langsam. Die Gemeinde kann die Kosten der Maßnahmen für den Hochwasserschutz nicht ohne Zuschüsse des Landes stemmen. Um an diese Gelder zu gelangen, sind umfangreiche Bestandsaufnahmen und Voruntersuchungen erforderlich. Das dauert. Hoffentlich kommt das nächste Starkregenereignis nicht vorher.

Eigenbetrieb Wasserversorgung

Für Investitionen im Jahr 2021 sind 1.035.000,-- EUR eingeplant. Schwerpunkte sind die Erschließung von Neubaugebieten und Leitungsauswechslungen im Zuge von Straßensanierungen. Der Wasserzins bleibt stabil und beträgt weiterhin 1,93 EUR/Kubikmeter.

Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Für Investitionen sind 3.549.000,-- EUR vorgesehen. Schwerpunkte sind die Erschließung von Neubaugebieten und Kanalauswechslungen bei den Straßensanierungen. Finanzmittel sind auch für Hochwasserschutzmaßnahmen im Höllental eingeplant.

Die Abwassergebühren bleiben ebenfalls stabil und betragen:

Schmutzwasser	1,50 EUR/ Kubikmeter
Niederschlagswasser	0,31 EUR/Kubikmeter

Schlussbemerkung

Zum Schluss möchte ich mich, auch im Namen der Gemeinderäte*innen der Freien Wählerversammlung, bei der Verwaltung mit Bürgermeister Weise an der Spitze für die gute Zusammenarbeit bedanken. Den Umgang zwischen Gemeinderat und Verwaltung empfinden wir als offen, vertrauensvoll und konstruktiv. Dasselbe gilt auch für die Arbeit im Gemeinderat. Unterschiedliche Meinungen gehören zum demokratischen Prozess. Dank gebührt auch unserem Kämmerer, Herrn Kübler und seinem Team für das ausführliche Planwerk und den Erläuterungen hierzu.

Die Gemeinderäte*innen der Freien Wählerversammlung werden der Haushaltssatzung sowie den Wirtschaftsplänen für die Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zustimmen.

Gottfried Braun
für Freie Wählerversammlung

Gemeinderat Guido Rieberger hält für die CDU-Fraktion folgende Rede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weise, sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Dieses Mal war es für mich keine leichte Aufgabe diese Stellungnahme zu schreiben. Vor einem Jahr, bei der letzten Haushaltsrede, war die Welt noch in Ordnung. Dann kam Corona. Keiner hätte sich

eine so bedrohliche Situation in unserer realen Welt vorstellen können. Ein außergewöhnliches Jahr im Zeichen der Pandemie, mit vielen einschneidenden Maßnahmen liegt hinter uns. Doch welche Herausforderungen liegen noch vor uns?

Die Pandemie hat Auswirkung auf die Finanzplanung der Kommunen. Werden die Steuereinnahmen weiterhin so sprudeln wie in den vergangenen Jahren? Welche Belastungen kommen dazu? Eine Situation, die uns alle schwer beschäftigt. Aber es besteht die große Chance, dass wir mit diesem Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung gut über die Runden kommen werden.

Für die Kommunen sollen die Steuereinnahmen nach einem Einbruch 2020 wieder deutlich wachsen. Allerdings gibt es Ausfälle bei Gebühren (Elternbeiträge Kinderbetreuung) und Mehrausgaben zur Bewältigung der Pandemie. Hilfsprogramme von Bund und Ländern gleichen einiges aus, allerdings werden auch diese irgendwann zurückgehen, da auch die Steuereinnahmen sinken und Kredite nicht unbegrenzt aufgenommen werden können.

Zudem ist noch unklar, wie die weitere wirtschaftliche Entwicklung unter Corona Bedingungen sein wird. In welchem Maße und Zeitraum wird sich die Wirtschaft erholen? Fragen und Risiken, mit denen wir ins neue Haushaltsjahr starten.

Wie bei der Steuerschätzung für die Staatsebene im November 2020 festgestellt wurde, wird uns die Krise etwa drei Jahre zurückwerfen. Die Steuereinnahmen bewegen sich auf dem Niveau von 2018. Leider gehen die Ausgaben dazu parallel nicht zurück.

Die CDU-Fraktion geht optimistisch und zuversichtlich in das neue Haushaltsjahr. Allerdings werden uns gewisse Risiken begleiten. Aber wir können auch einen positiven Ausblick in die Zukunft wagen. Wenn alle Prognosen von Gesundheitsminister Jens Spahn eintreffen sollten, dann haben alle Bürgerinnen und Bürger bis Jahresende die Möglichkeit sich impfen zu lassen. Damit haben wir wieder die Chance auf Normalität in unserem Alltag.

Wegbrechende Finanzeinnahmen?

Gewerbesteuer

Die Corona-Pandemie hat die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen einbrechen lassen. Die gemeindlichen Anteile an der Umsatz- und vor allem der Einkommensteuer sind ebenfalls deutlich zurückgegangen. Die von Bund und Ländern beschlossenen Hilfen, wie die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle, waren gut und richtig. Diese werden aber nicht ausreichen, um die Gemeindefinanzen zu stabilisieren.

Die Pandemie wird auch im Jahr 2021 für herbe Gewerbesteuerverluste sorgen. Wir brauchen deshalb dringend, wie in 2020, auch in den Jahren 2021 und 2022 einen Ausgleich der Gewerbesteuerverluste durch Bund und Land.

Welche Möglichkeit besteht noch um diesen Steuerausfällen entgegenzuwirken? Eine Anhebung des Gewerbesteuersatzes? Nein, das wäre das falsche Signal in der jetzigen Zeit. Die Betriebe sind in dieser Zeit schon genug belastet und leiden unter dem Lockdown. Es ist deshalb richtig an dieser Steuerschraube nicht zu drehen. Die CDU-Fraktion wäre dagegen gewesen!

Grundsteuer

Anders sehen wir dies bei der beschlossenen Anhebung der Grundsteuer. Steinheim ist eine steuerschwache Gemeinde und wird zu 60% aus Finanzaufweisungen finanziert. Eine Reduzierung dieser Mittel wird uns erheblich treffen. Zusätzlich belastet das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) mit den zu erwirtschaftenden Abschreibungen den Ergebnishaushalt sehr stark. Eine Anpassung der Hebesätze für die Grundsteuer ist nach 16 Jahren zwingend erforderlich. Hier bewegt sich die Mehrbelastung für unsere Bürger in einem zumutbaren Rahmen. Gerade mal 13 € beträgt die Mehrbelastung für ein Einfamilienhaus. Zudem bleiben die Gebühren für Wasser- und Abwasser stabil auf niedrigem Niveau.

Weitere wichtige Einnahmen

Wie sieht es mit weiteren wichtigen Einnahmen der Gemeinde aus. Wie werden sich die Einnahmen bei der Einkommenssteuer, Umsatzsteuer und Schlüsselzuweisung tatsächlich entwickeln? Laut Plan rechnen wir hier ebenfalls mit einem Rückgang von 425 T€ gegenüber der Vorjahresplanung. Als steuerschwache Gemeinde sind wir aber gerade hier auf diese Einnahmen angewiesen. Dieser Etatansatz enthält ein gewisses Risiko. Wird es so kommen wie geplant?

Positiv zu vermerken ist, dass die zu zahlende Kreisumlage nicht ansteigt und bei einem Hebesatz von 34,5 v.H. – (der niedrigste seit langem) sinkt und den Haushalt unserer Gemeinde entlastet.

Kreditaufnahme/Schulden

Im letzten Jahr konnte auf die geplante Kreditaufnahme in Höhe von 1,7 Mio. EUR verzichtet werden. Der Grund: Vorgesehene Projekte wurden nicht wie geplant in 2020 umgesetzt.

Diese Investitionen verschieben sich nun in 2021. Aufgrund der zurückgehenden Einnahmen und der geplanten Investitionsschwerpunkte sieht der Etatentwurf eine Kreditaufnahme in Höhe 2,9 Mio. EUR vor. Bei den zurzeit stabilen, sehr niedrigen Zinssätzen müssen wir kein teures Geld aufnehmen und die Zinsbelastung ist außerordentlich gering. Eine richtige und notwendige Maßnahme.

Wir machen diese Verbindlichkeiten nicht für Projekte die unter der Bezeichnung „Nice to have“ laufen, sondern für die Erfüllung unserer Pflichtaufgaben.

Damit erhöht sich der Kreditbedarf auf voraussichtlich 3 Mio. € oder 348,78 € je Einwohner. Im Vergleich zu anderen Kommunen ein moderater Stand im Kernhaushalt. Diese Neuverschuldung ist aus unserer Sicht vertretbar!

Zudem sehen wir in diesem Haushalt am Ende des Jahres etwas Spielraum. Es sind viele Projekte eingeplant, die man im Jahr 2021 verwirklichen möchte. Zu viele? Die Finanzierung dieser Projekte steht in engem Zusammenhang mit entsprechenden Zuschüssen. Diese Projekte können ohne hohe Zuschüsse nicht eigenfinanziert werden. Ob wir bei allen geplanten Projekten einen Bewilligungsbescheid im Jahr 2021 erhalten? Fehlende Bezuschussung bedeutet keine Umsetzung und keine Ausgaben.

Das unser Leben trotz Pandemie nicht stillstehen darf, zeigen die geplanten Investitionen der Gemeinde und der Blick auf die Ausgabenseite.

Der größte ordentliche Ausgabenblock sind die Aufwendungen für das Personal. Sie steigen regelmäßig. Diesmal um 5 % gegenüber der Vorjahresplanung. Mit der moderaten Tarifierhöhung von 1,4% (1,8% in 2022) ist diese Steigerung nicht zu erklären.

Die Gewinnung guten Personals steht auch sehr oft in einem engen Zusammenhang mit den Gehaltsvorstellungen der Bewerber. Diese geht meist nicht konform mit dem TVöD. Die Gemeinde steht bei der Personalentwicklung in einem Zugzwang, was bei vielen Stellenausschreibungen festzustellen war. Es gehen kaum noch gute Bewerbungen ein und bei den eingegangenen Bewerbungen fehlt es oft an der nötigen Qualifikation. Eine schwierige Situation für die Personalgewinnung im öffentlichen Dienst.

Die Personalaufwendungen für die Kinderbetreuung belasten den Haushalt ungemein. Der Staat stellt uns die Aufgabe die Kinderbetreuung auszubauen, unterstützt uns aber zu wenig bei den steigenden Kosten und Defiziten. Uns wäre sehr geholfen, wenn die Zuschüsse zur Kinderbetreuung deutlich steigen würden. Es geht zurzeit sehr viel Geld aus dem Gemeindehaushalt in die Kinderbetreuung. Hier müssen sich der Bund und das Land deutlich mehr finanziell beteiligen!

Durch die vorgegebene Umstellung auf das neue NKHR sind die Abschreibungen zu erwirtschaften. Stolze 1,5 Mio. € belasten den Ergebnishaushalt und machen den Finanzdruck bestimmt nicht kleiner.

Der Finanzrahmen lässt kaum Spielraum für ehrgeizige neue Projekte. Die Gemeinde hat Schwierigkeiten ihre Pflichtaufgaben ordnungs- und vor allem zeitnah zu erledigen. Es gibt einiges zu tun. In den Jahren 2021 bis 2024 will die Gemeinde insgesamt ca. 28 Mio. € für Investitionsschwerpunkte einplanen. Diese belegen viele notwendige Pflichtaufgaben, die Steinheim zu erfüllen hat.

Investitionsschwerpunkte:

Kindergarten Anbau St. Peter

Viele dachten nach der Eröffnung des Kinderhauses Schneckenhäusle vor 9 Jahren, dass nun der Bedarf an Betreuungsplätzen für unsere Kleinkinder gedeckt ist. Doch die Entwicklung der Geburtenzahlen und der Wunsch nach weiteren Betreuungsformen, steigerte den Bedarf nach weiteren Plätzen. Jedes Jahr sind unsere Kinderbetreuungseinrichtungen sehr gut belegt und manche Eltern bekommen keinen Betreuungsplatz mehr für ihre Kinder. Dies zeigt uns die aktuelle Kindergartenbedarfsplanung deutlich. Nun muss die Gemeinde in Steinheim Platz für zwei weitere Gruppen schaffen. Gemeinsam mit der Katholischen Kirchengemeinde ist es uns gelungen einen Anbau am zuletzt renovierten Kindergarten St. Peter zu planen und mit dem Bau baldmöglichst zu beginnen. Für die Bereitschaft der katholischen Kirchengemeinde bedanke ich mich ausdrücklich. Die Alternative einen Anbau am Kinderhaus Schneckenhäusle wäre aus unserer Sicht nicht ökonomisch und praktikabel gewesen.

Bildungseinrichtung

Mit der Gestaltung der Außenanlagen der Mensa findet das Großprojekt Hillerschule in 2021 langsam sein Ende. Wir haben nun eine Hillerschule, die sehr funktionell, für die Zukunft gut aufgestellt ist und den geänderten Ansprüchen des Schulalltags gerecht wird. Die Digitalisierung wurde mit Hilfe des Digitalpakts Schule weiter ausgebaut. Die in den letzten Jahren hier getätigten Investitionen waren sinnvoll und notwendig. Auch wenn der Betrag für die Außenanlage aufgrund des schwierigen Geländes stolze 950 T€ beträgt. Die Gemeinde hat in den letzten Jahren für die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen viel geleistet.

Hochwasserschutz in Steinheim

Eine unendliche Geschichte? Seit es uns im Mai 2016 nach einem Starkregen mit Hochwasser getroffen hat, ist der Wille der Gemeinde da, für solch ein Ereignis Vorsorge in Form von Hochwasserschutzmaßnahmen zu treffen. Die ersten Planungen zeigten, dass wir umfangreiche und kostenintensive Maßnahmen benötigen. Ohne Zuschüsse von Bund/Land geht das nicht. Nach nunmehr 5 Jahren ist es leider noch nicht gelungen, die notwendigen Fördergelder zu bekommen. Die Gründe sind vielschichtig und für viele Bürger nicht nachvollziehbar. Deshalb sollte hier zum aktuellen Stand der Planung, die Bürgerschaft ausführlich informiert werden.

Innerörtliche Verdichtung und Neubaugebiete (Grunderwerb)

Um ausreichend Wohnraum für die Steinheimer Bevölkerung, wie auch für potentielle Neubürgerinnen und Neubürger zur Verfügung zu stellen, strebt die Gemeinde Steinheim am Albuch eine Doppelstrategie in der Wohnbauentwicklung an. Im Gemeindeentwicklungskonzept haben wir als strategisches Ziel die Weiterführung der Innenentwicklung mit Baulückenschliessung festgelegt. Zweiter Bestandteil ist die Realisierung der Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan, die schrittweise voran geht. Gegenwärtig schätzen wir die Nachfrage nach Bauplätzen höher ein als unser Angebot. Hier ist es wichtig zukünftig in den Grunderwerb möglicher Neubauflächen zu gehen. Die angesetzten 1,5 Mio. € für Grunderwerb sind sinnvoll geplant. Langfristig betrachtet sind diese Ausgaben lediglich eine Zwischenfinanzierung, die über Wohnbauplatzverkäufe wieder als Grundstückserlöse positiv zu Buche schlagen. Dabei darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass wir durch diese Neubürger sowohl die Kaufkraft für die Einzelhändler in unserer Gemeinde stärken können und gleichzeitig auch der Anteil an der Einkommenssteuer für unsere Gemeinde steigt. Eine klassische win-win Situation. Die eingestellten Mittel im Jahr 2021 schaffen für die Baugebiete Königsbronner Feld in Steinheim, Breite Süd in Söhnstetten und das Gewerbegebiet Söhnstetten Nord-Ost die Möglichkeit für eine rasche Umsetzung.

Weitere Investitionen

Mit einem kleinen Betrag von 20 T€ will sich die Gemeinde am Solarpark Küpfendorf beteiligen. Nach dem Bürgerentscheid für den Bau des Solarparks, halten wir dies für eine sinnvolle Investition und ein Zeichen der Gemeinde etwas für den Klimawandel zu tun. Um noch mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen halten wir es für sinnvoll, dass sich interessierte Bürger ebenfalls daran beteiligen können. Es wäre gut, wenn die Verwaltung zusammen mit dem Investor hier die Möglichkeit für Kleinanleger schaffen könnte. Von Seiten der CDU-Fraktion würden wir das sehr begrüßen.

Der Wunsch vieler Söhnstetter ist eine Realisierung eines zentral gelegenen Hauptstandortes für Bildung und Betreuung, vor allem unserer Kleinen, in dem zum Teil leerstehenden Gebäude der Seebergschule. Die Prüfung, ob sich diese Räumlichkeiten für die Unterbringung des Kindergartens und Erweiterung mit einer Ganztagesbetreuung anbieten, ist sinnvoll und wird von uns unterstützt.

Unbedingt notwendig sind Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur. Umfangreich werden Straßen- und Feldwege saniert. Auf der Agenda stehen die Adlerstraße, der Frontalweg in Söhnstetten und die Hirschstraße in Steinheim. Ca. 7 Mio. € werden wir in diesem Bereich in den nächsten vier Jahren ausgeben.

Die CDU steht auch positiv zum Projekt „Mehrgenerationenspielplatz an der Wentalhalle. Das Projekt bietet bei hohem Zuschuss aus dem Leader Fördertopf, die Möglichkeit, das Freizeitangebot für alle Generationen der Gemeinde erheblich zu steigern.

Touristisch hat die Gemeinde Steinheim einiges zu bieten. Gerade in diesen Zeiten wird die Naherholung genutzt und ist für die Menschen durchaus wichtig. In diesem Jahr sind für einen weiteren Ausbau unseres touristischen Angebots keine Investitionen eingeplant. Diese wünschen wir uns für die nächsten Jahre, sofern es die Haushaltslage zulässt. Wir denken hierbei unter anderem an die Errichtung von Wohnmobilstellplätzen. Gerade in Zeiten der Pandemie hat diese Branche einen Boom erlebt, der aufgrund der Unsicherheit im Reiseverkehr weiter anhalten dürfte. Weitere Punkte

sind die Gestaltung und Veröffentlichung einer Wanderkarte, mit allen Wegen, die durch unser Gemeindegebiet verlaufen, die Steigerung der Attraktivität des Meteorokratermuseums und des Tourismusmarketings.

Auch der bauliche Erhalt und Ausbau des Zehntstadels für eine weitere Nutzung stehen für die kommenden Jahre auf unserer Wunschliste.

Meine Stellungnahme möchte ich abschließend mit guten Nachrichten beenden:

- Trotz der tiefen Rezession hält sich die Zahl der Arbeitslosen in Grenzen.
- Die Steuereinnahmen brechen nicht so stark ein wie befürchtet.
- Die Wirtschaft ist im vierten Quartal 2020, trotz des Lockdowns minimal um 0,1% gewachsen.
- Die Verwaltung mit Bürgermeister Holger Weise an der Spitze hat bisher die Gemeinde engagiert und gut durch diese Pandemie geführt. Dafür unser herzlicher Dank!

Nach Würdigung der Gesamtumstände handelt es sich bei diesem Haushaltsplan um einen fast „normalen soliden Planentwurf“. Gehen wir also mit Zuversicht und mit positiver Grundstimmung in die Zukunft.

Es gibt auch 2021 viel zu tun. Ich denke, wir haben miteinander die Highlights für das Haushaltsjahr 2021 herausgearbeitet. Dafür möchte ich mich bei der Verwaltung, besonders bei Bürgermeister Holger Weise und Kämmerer Stefan Kübler, bedanken. Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates für die offene Zusammenarbeit.

Die CDU-Fraktion wird diesem Haushaltsplan und den Plänen für die Eigenbetriebe zustimmen.

Guido Rieberger
CDU-Fraktionsvorsitzender

Gemeinderat Volker Lang hält für den Arbeitnehmerblock nachfolgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weise, sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindeverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde.

Wir leben in bewegten Zeiten!

Der Jahreswechsel 2020/2021 ist in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg wohl einzigartig. Das öffentliche Leben ist bereits zum 2. Mal heruntergefahren, Weihnachten wurde in bescheidenem Maße im einsamen Kämmerchen gefeiert und Silvester ist quasi ausgefallen.

Schuld ist ein kleines Virus, das nicht nur das gesellschaftliche Leben durcheinandergewirbelt hat, sondern das auch das Gesundheitswesen und nicht zuletzt die weltweiten Finanzmärkte dramatisch in Mitleidenschaft gezogen hat. Erinnern wir uns an das Jahr 2008: In den USA platzt die lange verschleierte Immobilienblase, die ersten Banken (wie z.B. Lehmann Brothers) gehen pleite, die Börsenkurse rauschen in den Keller und die Finanzwelt steht vor einem Abgrund. Umsichtige Politiker, weitsichtige Wirtschaftslenker und viel Geld drehen die Lage und die Weltwirtschaft erholt sich.

Was hat das mit Steinheim und dem Haushaltsplan 2021 zu tun? Meine beiden Vorredner haben in bewährter Manier und sehr fundiert bereits viele Posten des Haushalts bewertet: Dem ist nichts Wesentliches hinzuzufügen und es bedarf auch keiner Wiederholungen.

Wir befinden uns aktuell in einer ähnlichen Situation wie 2008!

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland ist in 2020 um beinahe 6 % zurückgegangen. Das gab es seit 1945 noch nie! Die öffentlichen Haushalte sind klamm. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer werden für die Gemeinde mit geschätzten 5,1 Mio. € etwa um 400.000 € tiefer als 2020 liegen. Durch die Erhöhung der Grundsteuer A+B kann ein kleiner Plusbetrag erwirtschaftet werden. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer sowie die Schlüsselzuweisungen werden glücklicherweise ebenfalls leicht im Plus erwartet.

Die Gewerbesteuererinnahmen werden in 2020 die geschätzten 2,6 Mio. € aus 2019 wohl nicht erreichen, für 2021 sind die Prognosen nicht besser. Wie im letzten Jahr an dieser Stelle bereits ausgeführt, sind weitere Ausweisungen von Gewerbegebieten notwendig und wurden auch bereits angegangen (z.B. das Gebiet am Kreisel in Steinheim, bzw. Adlerstraße Söhnstetten), aber aufgrund der topographischen Gegebenheiten, der Natur- und Wasserschutzvorgaben sind hier zukünftig keine

wesentlichen Vergrößerungen mehr möglich. Die Gewerbesteuer wird auch zukünftig das finanzielle Wohl der Gemeinde nicht retten können.

Die Boomjahre ab 2015 haben es jedoch Gemeinden mit umsichtiger Finanzplanung ermöglicht, ihren Schuldenstand drastisch zu reduzieren. Dieser liegt zum Ende des Jahres 2020 in Steinheim bei lediglich 197.000 €, was einer pro Kopf Verschuldung von bescheidenen € 22,85 entspricht. So konnte sowohl in 2017 als auch 18, 19 und 20 auf die gebilligten Kreditaufnahmen verzichtet werden.

Kaufen, wenn die Kanonen donnern, lautet eine alte Börsenweisheit und sie ist aktueller denn je:

Liquidität ist reichlich vorhanden und das Geld ist konkurrenzlos billig. Bei manchen Geldinstituten werden bereits Negativzinsen auf Guthaben aufgerufen. Wenn nicht jetzt investieren, wenn nicht jetzt langfristige Sachwerte schaffen, wann dann! Bürgermeister und Gemeindeverwaltung haben die Zeichen der Zeit erkannt und mittelfristig von 2021 – 2024 Investitionen von insgesamt 29,7 Mio. € eingeplant. Der Schuldenstand wird dann zwar zum Ende des Jahres 2024 bei 5,6 Mio. € liegen, jedoch werden sich die jährlichen Zinsbelastungen von € 64.000 im Jahr 2019 auf nur noch 21.000 € in 2024 reduzieren. Dieses antizyklische Investitionsverhalten begrüßen wir ausdrücklich.

Investitionen und politische Entscheidungen kritisch zu betrachten, ihre Eignung zum Wohle der Bürger, zum Wohle der Ökologie unserer Gemeinde und zur Steigerung des sozialen Zusammenlebens zu bewerten, sehen wir als eine unserer wichtigsten Aufgaben an:

Der Breitbandausbau und die Mitverlegung von Leerrohren bei Sanierungen ist wohl der größte Brocken in diesem 4 Jahresplan: über 7,5 Mio € sind hierfür eingeplant. Ein Großteil der Kosten ist dabei jedoch über Landesmittel förderfähig. Ohne leistungsstarke Internetverbindungen sind Gewerbetreibende, Industriebetriebe und Handelsunternehmungen in der heute vielfach vernetzten Welt der schnellen Daten abgehängt und nicht mehr entwicklungsfähig. Gute Schulen in technisch guter Ausstattung sind für die Lernkultur unserer Kinder und für die Zukunft der Gemeinde unabdingbar. Die Coronapandemie hat uns gezeigt, wie weit wir in Deutschland bei der digitalen Entwicklung der Schulen hinter her hinken.

Bildung ist unser wichtigster Rohstoff! Da darf es keine Kompromisse geben: ob dafür jedoch Geldmittel von beinahe 1 Mio. € in einen Multifunktionsschulhof an der Mensa versenkt werden müssen, darf bezweifelt werden.

Das Gemeindeentwicklungskonzept Steinheim 2035 wurde am 13.10. 2020 in diesem Gremium einstimmig beschlossen. Die Betreuung durch das Stuttgarter Planungsbüro Reschl, das auch weitere Gemeinden wie z.B. Böhmenkirch begleitet, ist sehr detailliert und fundiert. Bis 2024 sind hier 3,3 Mio. € eingeplant, die bis zu 60 % förderfähig sind. In Steinheim sind 15,6 ha, in Söhnstetten 11,4 ha zur Sanierung vorgesehen. Übergeordnete Ziele sind die Verbesserung des Wohnumfeldes, die Aufwertung öffentlicher Plätze zur Steigerung der Aufenthaltsdauer im öffentlichen Raum, die Sanierung von Bausubstanz inklusive deren energetischer Aufwertung sowie die Neuschaffung von privatem Wohnraum durch angepasste Nachverdichtung. Zusätzlich soll die Verkehrs- und Parksituation verbessert und mehr an die Bedürfnisse **aller** Bürger angepasst werden. Dies umfasst Fußgänger, Radfahrer und ortsgebundene Senioren mit eingeschränkter Mobilität. In diesem Zusammenhang ist auch die geplante Einführung des Bürgermobils positiv zu erwähnen.

Diese Maßnahmen kommen, unserer Meinung nach, zum exakt richtigen Zeitpunkt. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinde die Einwohner in Steinheim und in den Teilorten zu halten, deren Wohnmöglichkeiten zu verbessern, auch für einkommensschwache Bürger ausreichend bezahlbaren Wohnraum anzubieten und mehr Lebensqualität zu ermöglichen. (in diesem Zusammenhang ist es interessant zu wissen, dass jeder 5. abhängig Beschäftigte 2018 in Deutschland im Niedriglohnsektor arbeitete. Dies sind etwa 8 Mio. Jobs) Nur bei stabilen Einwohnerzahlen sind die Finanzen der Gemeinde überhaupt langfristig zu sichern. Die Entwicklungsmaßnahmen werden auch den Meteorkrater-Tourismus unterstützen und so ein positives Bild der Gemeinde nach außen fördern.

Die Ausweisung von Baugebieten auf der grünen Wiese wird in Steinheim und den Teilorten jetzt endlich mit Nachdruck angegangen. Hierfür sind für den Grunderwerb 2,7 Mio. € bis 2024 vorgesehen. Leider verzögern die zahlreichen, tatsächlich notwendigen Gutachten der verschiedenen offiziellen Stellen die Terminplanungen immer weiter. Erinnern möchte ich an das Bio-Aerosol-Gutachten Breite Süd in Söhnstetten.

Bauvorhaben auf landwirtschaftlichem Grund sind ökologisch sehr umstritten, da natürlicher Boden versiegelt wird. Bund und Länder haben bereits im Jahr 2002 die Obergrenze des Flächenverbrauchs für Gesamtdeutschland auf max. 30 ha pro Tag bis 2020 beschlossen. Dies bedeutet für Baden-Württemberg etwa 3 ha täglich. 2017 lag der **tägliche** Flächenverbrauch für Siedlungs- und

Verkehrsflächen in Baden-Württemberg bei 7,9 ha. Wenn man bedenkt, dass allein das auf 81 Bauplätze ausgelegt Baugebiet Breite Süd in Söhnstetten mit 6,1 ha anzurechnen ist, sieht man, wie wichtig die Schließung innerörtlicher Baulücken und eine sinnvolle Nachverdichtung sind. Ohne frisches Land wird es aber bei der von Büro Reschl erarbeiteten Wohnraumbedarfszahl bis 2035 nicht gehen.

Positiv anzumerken ist dabei die Tatsache, dass in den neuen Baugebieten in der Gesamtgemeinde ökologisch tote Steingärtenwüsten auf maximal 4 m² je Bauvorhaben begrenzt und Solarthermie bzw. Photovoltaik vorgeschrieben werden. Gleichwohl sind aufgrund der hohen Erschließungskosten die Preise für die einzelnen Parzellen von bauwilligen aber einkommensschwachen Mitbürgern nicht zu stemmen. Preiswertes Wohnungseigentum ist für uns ein absolut wichtiges Anliegen: Hier sind erste Anfänge in Söhnstetten bei der Bebauung des Seeßle Areals gemacht. Die Idee ist weiterzuführen!

Auch wenn die Coronapandemie das Jahr 2020 vollumfänglich beherrscht hat, bleiben der Klimawandel und die notwendige drastische Reduktion der CO₂ Emissionen weltweit die größte Herausforderung unserer Generation. Selbst der monatelange Lockdown in allen wichtigen Industriestaaten, die Einstellung des weltweiten Flugverkehrs, die Drosselung fast der gesamten Weltwirtschaft, hat den weltweiten Ausstoß von CO₂ in 2020 nur um gerade einmal 7 % gesenkt. Dies macht deutlich, dass weitere, umfassendere Anstrengungen unternommen werden müssen, um unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Seit 8.10.2020 steht der neue EU weite Beschluss bis 2030 die CO₂ Emissionen um 60 % gegenüber des Jahres 1990 zu senken. Ein ehrgeiziges Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn alle an einem Strang ziehen. Die gute Nachricht in diesem Zusammenhang zeigt folgende Zahl: **46 %** des in Deutschland verbrauchten Stroms wurde 2020 von regenerativen Energieträgern geliefert. Allem voran Wind und Sonne! Dies ist eine Zunahme gegenüber 2019 um fast 4 Prozentpunkte.

Steinheim nimmt hier in Baden-Württemberg bereits heute eine Leuchtturmfunktion ein. Zu erwähnen sind die bereits aktiven und jetzt noch weiter ausgebauten Windenergiekapazitäten bei Gnannenweiler und Neuselhalden, die bestehende Solarfläche bei Gnannenweiler und die beiden bestehenden Biogasanlagen. Wermutstropfen sind hierbei die fehlenden bzw. nicht vollständigen Nahwärmekonzepte.

Umso wichtiger ist die Initiative der Gemeinde sich für eine große PV-Freiflächenanlage auf 20 ha in Küpfendorf stark zu machen. Selbst ein Bürgerbegehren und viele anstrengende Gespräche waren den Verantwortlichen nicht zu viel. Dieser Ausdauer zollen wir unseren ungeteilten Respekt!

Wie bei allen kontroversen Themen kann man über Sinn und Unsinn einer derartigen Großanlage auf landwirtschaftlichem Grund trefflich streiten. Unbestrittene Tatsache ist jedoch, dass pro ha Fläche die 30 – 50 fache Strommenge gegenüber dem Energiepflanzenanbau für Biogasanlagen resultiert. Die Fläche wird mindesten 20 Jahre sich selbst überlassen und somit kann eine tiefgreifende Regeneration des Bodens stattfinden. Die angedachte Beweidung mit Schafen ist eine der schonendsten Pflegemaßnahmen überhaupt. Nach Ende der Nutzungsdauer werden die Module zu 100 % rückgebaut.

Für uns als ANB die perfekte Ergänzung zu den bereits bestehenden alternativen Energieerzeugern.

Abschließend möchten wir uns bei unserem Bürgermeister Weise für sein unermüdliches Engagement und seine Ausdauer recht herzlich bedanken und wünschen ihm und dem gesamten Verwaltungsteam weiterhin ein glückliches Händchen. In den 2 Jahren Ihrer Amtszeit haben Sie bereits viel erreicht, viel liegt noch vor Ihnen. Seien Sie gewiss, dass wir bei aller konstruktiven Kritik stets ein fairer Partner sein und Sie nach Kräften unterstützen werden.

Für den Arbeitnehmerblock (ANB)
Volker Lang

Gemeinderätin Dr. Mechthild Freist-Dorr trägt für B`90 | Die Grünen und Unabhängige nachfolgende Haushaltsrede vor:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weise, sehr geehrte Damen und Herren,

im vergangenen Jahr habe ich mich zu den Themen „Mobilität“ und „Erneuerbare Energien“ geäußert. Ich freue mich, dass sich hier im Sinne der GRÜNEN gehandelt wurde und sich dieses auch im vorliegenden Haushaltsplan für 2021 widerspiegelt: Danke, dass Sie unsere Impulse aufgegriffen haben.

Unter dem Produkt „Straßen“ findet sich ein Planansatz von € 30.000, der für die Erstellung eines Radwegekonzeptes vorgesehen ist. Ich denke, dieser Betrag ist angesichts des finanziellen Gesamtvolumens in diesem Produkt sehr gut vertretbar. Die Ergebnisse des Konzeptes können wir bei den anstehenden umfangreichen Straßensanierungen Stück für Stück umsetzen. Besonders erfreulich ist es, dass es durch die aktuellen Programme der GRÜN geführten Landesregierung für die Einrichtung von Radinfrastruktur Fördermittel gibt, bei konkreter Umsetzung von Maßnahmen nachträglich auch für die Kosten des Konzeptes selbst. Neben den Kindern, die sich dann mit dem Fahrrad sicherer durch den Ort bewegen können, gilt das auch für die ältere Generation (mein Alter +!!). Zu den Fahrrädern kommen vermehrt E-Bikes. Diese werden nicht nur für Ausflüge verwendet, sondern ersetzen innerörtlichen PKW-Verkehr, z.B. bei alltäglichen Einkauf, meine Prognose ist, dass die Fahrräder in Steinheim deutlich zunehmen werden – umso mehr, wenn die Wegführungen überzeugen!

Ich freue mich sehr, dass die Bürgerschaft sich für die Errichtung des Solarparks Küpfendorf ausgesprochen hat. Das „Tüpfelchen auf dem i“ wäre für mich die Möglichkeit einer Bürgerbeteiligung an diesem Projekt. Eine Beteiligung durch die Gemeinde ist hier ebenfalls möglich und im Haushaltsplan eingestellt.

Die Pandemie zeigt besonders deutlich, welchen Wert unsere direkte Umgebung hat – nicht nur für den Tourismus, sondern auch für uns selber, für die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb möchte ich mich in diesem Jahr zwei weiteren Zukunftsthemen zuwenden, nämlich den Haushaltsposten Naturschutz und Landschaftspflege sowie dem Gemeindewald.

Naturschutz und Landschaftspflege:

Steinheim ist von Heiden und Wäldern umgeben, ich denke, wir haben sie im vergangenen Jahr ganz besonders geschätzt. Die „Bewegung an der frischen Luft“ gehört auch im strengsten Lockdown glücklicherweise zu den Dingen, die wir tun dürfen. Damit unsere Kulturlandschaft abwechslungsreich bleibt, braucht sie Pflege, in Form von Beweidung, von Mulch- und Maschineneinsätzen und durch Handarbeit. Uns GRÜNEN ist es deshalb sehr wichtig, dass hier weiterhin Mittel eingesetzt werden. Es ist, wie in vielen anderen Bereichen auch, ebenfalls ein Zusammenspiel von Fördermitteln aus unterschiedlichen Programmen und Eigenanteilen der Gemeinde, entsprechende Fördermittel im mittleren fünfstelligen Bereich wurden beantragt. In der Planung neu ist die Erstellung eines Heckenpflegekonzeptes. Hierzu werden die vorhandenen Hecken kartiert und es wird geplant, in welchen Zeitraum Teile von ihnen – um die Fachsprache zu verwenden – „auf den Stock“ gesetzt werden. Man entnimmt abschnittsweise die oberirdischen Teile einer Hecke, die Wurzel bleibt im Boden. Der sogenannte „Stockausschlag“ bringt neue Triebe auf den alten im Boden verbleibenden Wurzeln. Die Hecke verjüngt sich, bleibt aber erhalten. Dieses Heckenpflegekonzept auf der Gemarkung ist eine Vorleistung der Gemeinde. Wenn es besteht, können auch Privatleute Fördermittel für die Pflege ihrer Hecke beantragen.

Gemeindewald:

Genauso wichtig wie die Heiden ist unser Gemeindewald. Hier waren ebenfalls deutlich mehr Erholungssuchende als in den vergangenen Jahren unterwegs: beim Joggen, beim Nordic Walking, auf gespurten Loipen oder ganz einfach zum Spazieren gehen. Viele Menschen haben „ihren“ Wald erstmals oder neu entdeckt, sich an ihm gefreut und gesundheitlichen Nutzen daraus gezogen. Aus den letzten Jahren sind wir es gewohnt, dass wir aus dem Wald zusätzlich einen ordentlichen finanziellen Beitrag für unsere Gemeindekasse erhalten. Für 2021 ist, dank vorsichtiger Empfehlung unseres Gemeindeförsters und der Finanzplanung ein Defizit ausgewiesen, weil die Holzpreise derzeit sehr niedrig sind. Übrigens: Für den Gemeindewald müssen keine Abschreibungen in den Haushalt eingestellt werden. Man geht zurecht davon aus, dass die Menge, die genutzt wird, wieder nachwächst, dass also der Gemeindewald seine Substanz erhält und eher mehr als weniger wert wird.

Trotz vermutlich geringerer Einnahmen ist es eine wichtige Zukunftsaufgabe, dieses Kleinod nachhaltig zu pflegen. Wir sind es unseren Kindern schuldig, jetzt in die Waldpflege und in den Umbau in klimastabile Bestände zu investieren. Dafür sind im Moment keine außerordentlich hohen Ausgaben nötig. Es reicht, wenn wir für Pflege und Waldverjüngung in etwa so viel Geld, wie in den vergangenen Jahren ausgeben. Glücklicherweise hat der Sturm im letzten Frühjahr zwar viel Holz auf den Boden gelegt, aber kein größeren Kahlfächen geschaffen, die aufgeforstet werden müssten. Zusätzlich zur sich einfindenden Naturverjüngung aus Buchen, Ahorn und Fichten wird unser Wald deshalb vor allem mit Eichen, Tannen und Douglasien angereichert. Diese Reaktion auf die globale Erwärmung soll auch den Gemeindewald Steinheim fit für die Zukunft machen und klimastabiler werden lassen. Wie im Naturschutz ist es wichtig, aus einer großen Vielfalt heraus schöpfen zu können und sich nicht auf ein oder zwei Hauptbaumarten zu verlassen. Für die Arbeiten im Wald sind Menschen nötig, die sich

auskennen und bildlich gesprochen jeden Baum kennen. Deshalb bedanke ich mich bei den Forstwirten der Gemeinde für ihre wertvolle Arbeit und bei der Gemeinde für die Bereitschaft, hier weiterhin mit eigenem Personal zu arbeiten!

Erlauben sie mir zum Thema „Zukunft“ noch eine Randbemerkung, die mit dem Gemeindewald zusammenhängt. Ich begrüße es, dass wir neue Räume für die Betreuung von Kindern benötigen, zeigt es doch, dass Steinheim weiterhin für junge Familien attraktiv ist. Aber ich mache keinen Hehl daraus, dass es mir sehr viel lieber gewesen wäre, das Projekt zu verwirklichen, das den ökologisch unschlagbaren Baustoff Holz verwendet. Unsere Kinder werden von der Umgebung, in der sie aufwachsen geprägt – und was gibt es da besseres als Holz? Der geplante Anbau an den katholischen Kindergarten hat ökologische Komponenten in Bezug auf die geplante Energieversorgung, das ist unbestritten und sinnvoll. Aber vielleicht lässt sich die Bilanz durch eine Umplanung in den Baustoff Holz noch verbessern? Es gibt sehr viele gelungene Beispiele für Kindergärten und Kindertagesstätten hierfür in Baden-Württemberg!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weise, sehr geehrter Herr Kämmerer Kübler, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, vor uns liegt ein Haushalt, der insgesamt eine vorsichtige und solide Planung aufweist. Sie alle haben es in den vergangenen Tagen in der Zeitung lesen können: Es werden hohe Fördersummen nach Steinheim fließen. Das ist nur möglich, weil entsprechende Ideen für Vorhaben in Anträge umgesetzt wurden und diese offensichtlich in Stuttgart für förderfähig befunden wurden. Da ist es nicht mit Ideen von Bürgermeister und/oder Gemeinderäten getan, es steckt eine Menge Detail- und Fleißarbeit drin. Hierfür bedanke ich mich auch im Namen von Herrn Malischke bei allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde. Ihr beruflicher Einsatz kommt der Gemeinde Steinheim und damit uns allen direkt zugute!

Für B'90 | Die Grünen und Unabhängige
Dr. Mechthild Freist-Dorr